

LAND TAGS KURIER



Seite 7:
Aktuelle Debatte
zur Polizeilichen
Kriminalstatistik 2017



Seite 11:
Besuch einer Delegation
des Flämischen
Parlaments in Sachsen



Seite 15:
»Spurensuche –
Die Polizei Sachsen
im Wandel der Zeit«

Ausgabe
3.18



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

Landtage waren in der Geschichte Sachsens immer gesellschaftliche und politische Zentralorte, an denen wichtige Grundlagen für das gemeinsame Zusammenleben geschaffen wurden. Der Sächsische Landtag folgt dieser Tradition, steht aber als unmittelbar vom Volk gewähltes Parlament in einer besonderen Verantwortung für unser Land und seine Menschen. Seine vordringliche Aufgabe ist es, gute Politik für die Sachsen zu gestalten.

Eines der zentralen Themenfelder, auf denen die Mitglieder des Landtags politisch arbeiten, ist die Innere Sicherheit. Das kam auch in den vergangenen Plenarsitzungen wieder deutlich zum Ausdruck, etwa als die Abgeordneten die Polizeiliche Kriminalstatistik 2017 diskutierten. Dass sie dabei voneinander abweichende Positionen vertraten, liegt in der Natur des Politischen. Doch genau darum geht es in den Aktuellen Debatten des Landtags. Die verschiedenen Ansichten, für die die Fraktionen und Abgeordneten stehen, sollen den Bürgerinnen und Bürgern aufgezeigt werden. So wie im Leben herrscht eben auch im Parlament keinesfalls immer Einigkeit. Im Gegenteil, meist treffen hier ganz unterschiedliche Bewertungen aufeinander und es werden ganz verschiedene Schlüsse gezogen. Das haben mir die Aktuellen Debatten wieder einmal gezeigt.

Hingegen ist unstrittig, dass die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten und Recht durchzusetzen, zu den Aufgaben eines Staates gehören. Wenn im Landtag Regeln für unser gemeinsames Zusammenleben in Sachsen beschlossen werden, braucht es einen starken Staat, der diesen Regeln Geltung verschafft. Ein wesentlicher Teil des Staates ist die Polizei. Ihrer wechselvollen sächsischen Geschichte, von der Königlichen Landgendarmarie über den Versuch, während der Weimarer Republik eine demokratische Polizei zu schaffen, bis hin zum brutalen Missbrauch polizeilicher Gewalt im Nationalsozialismus und der Einbindung der Polizei als Machtinstrument der SED zu DDR-Zeiten, war in den vergangenen Wochen eine Ausstellung im Landtag gewidmet. Seit der Wiedergründung Sachsens 1990 dienen unsere Polizistinnen und Polizisten einem demokratischen Rechtsstaat. Die Abgeordneten des Landtags wiederum tragen mit guter Gesetzgebung dazu bei.

Dr. Matthias Röbner
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

70. Sitzung des Sächsischen Landtags
Gesagt – gefragt!
CDU und SPD: Qualitätspakt frühkindliche Bildung jetzt 4

70. Sitzung des Sächsischen Landtags
Artensterben stoppen!
GRÜNE: Wann folgt auf Wissen auch in Sachsen endlich Handeln? 6

71. Sitzung des Sächsischen Landtags
Positiven Trend verstetigen
CDU und SPD setzen die Polizeiliche Kriminalstatistik 2017 auf die Tagesordnung 7

71. Sitzung des Sächsischen Landtags
Hintergrundinformationen zur Kriminalstatistik 9

71. Sitzung des Sächsischen Landtags
200 Jahre Karl Marx
DIE LINKE: Gute Arbeit hat Mehrwert – für ein sozial gerechtes Sachsen! 10

EUROPA

Europäische Regionalparlamente im Dialog
Abgeordnete aus Flandern zu Besuch im Landtag 11

AUSSTELLUNG

Von der Königlichen Landgendarmarie zur Polizei Sachsen
»Spurensuche – Die Polizei Sachsen im Wandel der Zeit« 15

AKTUELLES

Noch näher an den Bürgern
Neue Funktionen auf der Landtags-Website 18

SONDERTHEMA

25 Jahre Sächsisches Kulturraumgesetz
Kulturräume in Sachsen (Teil 3) 20

GESCHICHTE

Landtage als gesellschaftliche Zentralorte
Vom Mittelalter bis zur Weimarer Republik 22

SERVICE

Weitere Informationen 24

// Titel: Polizei Sachsen – Partner für Ihre Sicherheit // Foto: G. Moreno



Kindertagesbetreuung,
Artensterben, Sicherheit
und »Gute Arbeit«

// In der 70. Sitzung des Sächsischen Landtags am 25. April 2018 wurde über Verbesserungen der Kindertagesbetreuung diskutiert. Außerdem standen der Rückgang der Artenvielfalt und die Rolle der Landwirtschaft auf der Tagesordnung. In der 71. Sitzung am 26. April 2018 wurde über die neue Polizeiliche Kriminalstatistik und mehr Sicherheit für Sachsen debattiert. In gleicher Sitzung wurde der 200. Geburtstag von Karl Marx zum Anlass genommen, um über ein sozial gerechteres Land und »Gute Arbeit« zu sprechen. //

Foto: S. Giersch



// Lothar Bienst // Marion Junge // Juliane Pfeil-Zabel // Karin Wilke // Petra Zais // Andrea Kersten

Gesagt – gefragt!

Uwe Nösner

CDU und SPD: Qualitätspakt frühkindliche Bildung jetzt

// Auf der Tagesordnung der 70. Sitzung des Sächsischen Landtags am 25. April 2018 stand eine von CDU und SPD beantragte Aktuelle Debatte zum Thema »Gesagt – gefragt! – Qualitätspakt frühkindliche Bildung jetzt«. Den Hintergrund bildete die von der Staatsregierung geplante Initiative zur Bildung in Kindertageseinrichtungen. Das Kultusministerium hatte dazu unlängst mit Forschern der TU Dresden eine Online-Umfrage unter Erzieherinnen und Erziehern sowie Eltern gestartet. Dabei wurde die Haltung zu Themen wie einer Vor- und Nachbereitungszeit für das Personal von Kindertageseinrichtungen, einem besseren Betreuungsschlüssel und mehr Geld für zusätzliche Angebote erfragt. Einer der Vorschläge soll am Ende umgesetzt werden. Die Umfrage lief bis zum 1. Mai 2018. //

Lothar Bienst, CDU, erinnerte daran, dass Ministerpräsident Michael Kretschmer am 31. Januar 2018 in seiner Regierungserklärung Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der frühkindlichen Bildung angekündigt habe. Mit der Umfrage zu Kindertageseinrichtungen in Sachsen würden jetzt neue Wege bei der Beteiligung von Eltern, Erziehern und Trägern beschritten. Die Eltern seien die Verantwortlichen im Bildungs- und Erziehungsprozess ihrer

Kinder. Sie müssten stärker in die Verantwortung genommen und in den Prozess frühkindlicher Bildung integriert werden. Seine Fraktionskollegin Kerstin

Nicolaus fügte hinzu, dass es nicht darum gehe, die Maßnahmen zur Optimierung der Bildungsqualität, die allesamt wichtig seien, gegeneinander

auszuspielen. Aber Sachsen könne nicht alle zeitgleich realisieren. Deshalb sei es klug, die Beteiligten nach ihrer Präferenz zu befragen.

Ein weiterer Schritt

Beim Thema Qualität der frühkindlichen Bildung, so Juliane Pfeil-Zabel, SPD, stünde Sachsen heute längst nicht mehr am Punkt null. Die Koalition habe ihr Augenmerk 2014 genau auf dieses Thema gerichtet und eine Verbesserung der Betreuungsschlüssel in Krippen und Kindergärten beschlossen. Bei der Debatte um die Qualität müssten aus Sicht ihrer Fraktion jetzt die Finanzierungsanteile von Eltern und Kommunen im Blick behalten werden. Auch eine ausreichende Anzahl von Plätzen in Kindertageseinrichtungen sowie von qualifiziertem Personal sei erforderlich. Was die Umfrage betreffe, so mache diese vor allem deutlich, dass die Koalition bereit sei, einen weiteren Schritt zur Verbesserung der frühkindlichen Bildung zu gehen – auch über das im Koalitionsvertrag Vereinbarte hinaus.

Vorwahlkampf

Nach Auffassung von Marion Junge, DIE LINKE, gehe es bei der Umfrage allein darum, welche Maßnahme sich politisch am besten kommunizieren und in den Medien verkaufen lasse. Schließlich sei nächstes Jahr Landtagswahl. Maximal 75 Millionen Euro Mehrausgaben seien übrigens weniger als ein Euro pro betreutem Kind und Tag. Es sei noch nicht einmal der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Der Kultusminister wolle mit diesem Tröpfchen auch noch glänzen. Das zeige auch die Aktuelle Debatte. Um die Qualität in den Kindertageseinrichtungen voranzubringen, benötigten sie bessere Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Sächsischen Bildungsplans. Dafür kämpften Erzieherinnen und Erzieher, Verbände und

Initiativen. Der Bildungsplan sei nach deren Einschätzung mit den fehlenden personellen Ressourcen schlichtweg nicht umsetzbar.

Überbelastung

Karin Wilke, AfD, ging insbesondere auf eine bezahlte Vor- und Nachbereitungszeit des Personals von Kindertageseinrichtungen ein. Bei einer 40-Stunden-Woche seien das zwei Stunden je Woche, die von den Erziehern zusätzlich geleistet würden. Das stelle eine Überbelastung dar, die in die Teilzeitarbeit führe. Mit der Anrechnung der Vor- und Nachbereitungszeit im Rahmen der regulären Arbeitszeit würden sich sicherlich mehr Erzieher gewinnen lassen, in Vollzeit zu arbeiten. Für ihre Fraktion sei es allerdings mehr als nur fraglich, ob zwei Stunden dafür ausreichen. Bereits in ihrem Landtagswahlprogramm 2014 habe die AfD gefordert, pro Woche und Erzieher fünf Stunden anzuerkennen, was inzwischen auch von Sachverständigen bestätigt worden sei.

Flickschusterei

Petra Zais, GRÜNE, bezeichnete das Abwägen der zur Debatte stehenden Vorschläge gegeneinander als Flickschusterei. Aus der Perspektive der Betroffenen seien alle Maßnahmen in der Umfrage gleichermaßen wichtig. Daher sei es unredlich, den Eltern zu suggerieren, sie müssten sich jetzt entscheiden, welche Maßnahme denn nun den Vorrang bekommen solle. Kritisch hob sie zudem die Rolle des Hortes als Stiefkind der frühkindlichen Bildung gegenüber Krippe und Kindergarten hervor. Der Hort sei bei der letzten Anpassung des

Die Ergebnisse der Umfrage werden der Entscheidung zum nächsten Doppelhaushalt für die Jahre 2019 und 2020 zugrunde gelegt.

// Christian Piwarz



70. Sitzung des Sächsischen Landtags

Personalschlüssels einfach nicht mitberücksichtigt worden. Der Hort brauche eine separate Regelung zur deutlichen Verbesserung des Personalschlüssels. Einen weiteren Kritikpunkt bilde das Fehlen einer Strategie zur Personalgewinnung. Immerhin seien rund 25 Prozent der in Sachsens Kindertageseinrichtungen beschäftigten Erzieherinnen und Erzieher über 55 Jahre alt.

Missbrauchsgefahr

Andrea Kersten, fraktionslos, bemängelte, dass die Aktuelle Debatte schon vor Ablauf der Umfrage angesetzt worden sei. Deshalb sei darin auch nichts Neues zu hören gewesen. Zudem bemerkte sie kritisch, dass an der Umfrage Hinz und Kunz teilnehmen könnten. Der Teilnehmer müsse nicht aus Sachsen kommen und könne sich auch mehrfach beteiligen. Das ermögliche Missbrauch.

20 000 Teilnehmer

Abschließend hat Kultusminister Christian Piwarz nochmals zur Teilnahme an der Umfrage aufgerufen. Eine Zwischenauswertung habe ergeben, dass etwas über 20 000 Personen aus rund 1800 Kindertageseinrichtungen an der Umfrage teilgenommen hätten. Das bedeute im Umkehrschluss, dass aus etwa 1 300 von insgesamt 3 100 Einrichtungen bisher niemand mitgemacht habe. Insbesondere aus Horten gebe es signifikant weniger Teilnehmer. Die Ergebnisse der Umfrage würden der Entscheidung zum nächsten Doppelhaushalt für die Jahre 2019 und 2020 zugrunde gelegt, wobei man für diesen nächsten Qualitätsschritt 75 Millionen Euro aufwenden werde. Mit der Aktion befrage eine Sächsische Staatsregierung die direkt Betroffenen vor einer wichtigen Haushaltsentscheidung zum ersten Mal nach ihrer Meinung. Die Umfrage werde damit zu einem Stück gelebter direkter Demokratie.



www.kita.sachsen.de/kita-umfrage



70. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Wolfram Günther // Fotos: S. Giersch

Uwe Nösner

Artensterben stoppen!

GRÜNE: Wann folgt auf Wissen auch in Sachsen endlich Handeln?

// Auf Antrag der Fraktion GRÜNE stand das Artensterben auf der Tagesordnung der 70. Sitzung des Sächsischen Landtags am 25. April 2018. Den Hintergrund bildete eine Studie aus Krefeld zum Insektensterben in den letzten 30 Jahren. //

Wolfram Günther, GRÜNE, erinnerte daran, dass die Insekten als Fundament des Lebens am Beginn der Nahrungskette stünden, die Menschen dagegen an deren Ende. Wenn das Fundament zusammenbreche und über drei Viertel aller Insekten verschwänden, dann sei das weit mehr als nur ein leichter Riss. Angesichts dieser dramatischen Situation wundere er sich, dass sich Koalition und Regierung dazu passiv verhielten und die kleinste Oppositionsfraktion dieses Thema auf die Tagesordnung des Landtags bringen müsse. Andreas Heinz, CDU, gab seinerseits der Hoffnung Ausdruck, dass die Menschheit in der Lage sein werde, sich die Grundlagen ihres Lebens zu erhalten. Zugleich wies er den Vorwurf der Untätigkeit der Sächsischen Staatsregierung zurück. Über 15 Prozent des Landes seien Natura-2000-Fläche. Die Artenschutzprogramme seien vielfältig. 20 Prozent des Geldes aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds des ländlichen Raumes werde im Freistaat für Naturschutzzwecke ausgegeben.

Besser fördern

Die Landwirtschaft, so Jana Pinka, DIE LINKE, bewahre die Artenvielfalt, das Landschaftsbild und die Biotope durch die Nutzung. Andererseits verursache sie Schädigungen des Naturhaushaltes. Biodiversitätsfördernde Maßnahmen müssten weiter ausgebaut werden. In der 2021 beginnenden Förderperiode der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU müsse in Sachen Biodiversität ein Sprung nach vorn gemacht werden, um die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes zu bewahren. Volkmar Winkler, SPD, verwahrte sich ebenfalls dagegen, dass seitens der Fraktion GRÜNE immer wieder die Landwirte schwarz-weiß-malerisch als einzige Hauptverursacher des Problems des Artensterbens ausgemacht würden. Ohne Landwirtschaft könne der Mensch ebenso wenig überleben



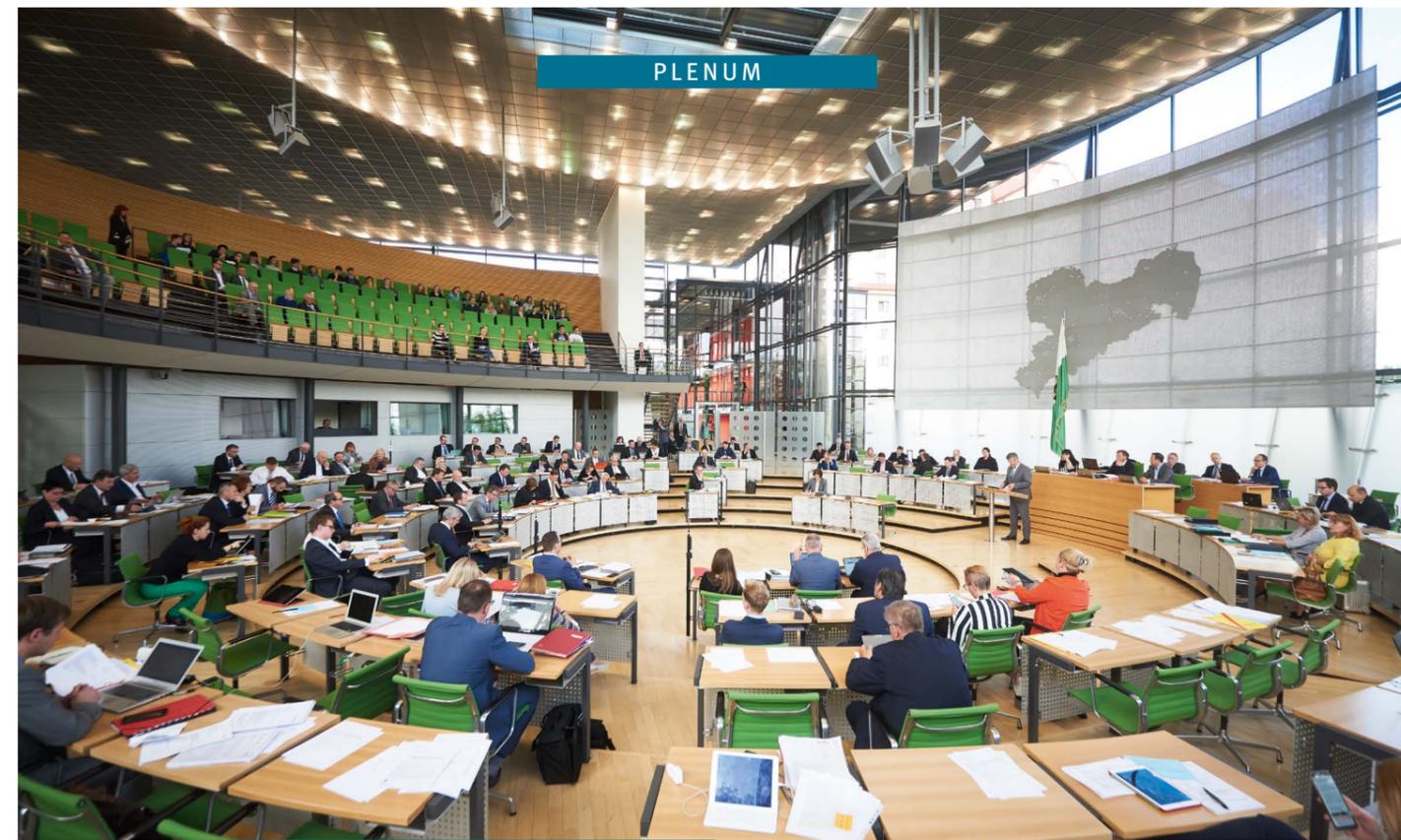
// Dr. Jana Pinka

wie ohne Insekten. Die Landwirtschaft leiste einen wichtigen Beitrag nicht nur für die Ernährung der Bevölkerung, sondern auch für das Klima, die Umwelt und den Naturschutz.

Schuld der Politik

Schuld am Artensterben, so Jörg Urban, AfD, sei nicht der Klimawandel, sondern eine unwissenschaftliche Klima- und Energiepolitik. Der Kahlschlag bei heimischen Arten habe mit der Energiewende begonnen, von grünen Ideologen erdacht und von der CDU und Angela Merkel umgesetzt. Der Schnitt von Grünflächen wandere in Biogasanlagen; Windkraftanlagen töteten jährlich Tausende Vögel und Zehntausende Fledermäuse. Unterdessen werde Naturschutzpolitik ohne Plan und mit der Gießkanne betrieben. Abschließend wies Umweltminister Thomas Schmidt Vorwürfe gegen die Landwirtschaft als Verursacherin für das Artensterben zurück. Schlagworte wie Insekten- oder Waldsterben mögen zwar kurzfristige Aufmerksamkeit bringen. Die Debatte sollte jedoch versachlicht und Lösungsansätze aufgezeigt werden. Es gebe einen Artenrückgang und Handlungsbedarf, auch wenn die Zahlen der sogenannten Krefelder Studie und ihre wissenschaftliche Methodik nicht unumstritten seien.

LANDTAGSKURIER / Ausgabe 3.2018



71. Sitzung des Sächsischen Landtags

Fotos: S. Floss

Uwe Nösner

Positiven Trend verstetigen

CDU und SPD setzten die Polizeiliche Kriminalstatistik 2017 auf die Tagesordnung

Eingangsbetonte Christian Hartmann, CDU, dass die Kriminalität in Sachsen durch das hohe Engagement der Polizisten auf einem gleichbleibenden Niveau eingedämmt werden konnte. Positiv sei die Entwicklung im Bereich der Fahrzeugdiebstähle und Wohnungseinbrüche mit minus 13 Prozent. Auch die Grenzkriminalität befände sich auf dem niedrigsten Stand seit zehn Jahren. Besorgniserregend sei allerdings der starke Anstieg der Cyber-Kriminalität.

// Christian Hartmann



// Enrico Stange



// Albrecht Pallas



// Auf Antrag von CDU und SPD stand die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) für das Jahr 2017 am 26. April 2018 auf der Tagesordnung der 71. Sitzung des Sächsischen Landtags. Demnach ist die Zahl der Straftaten im Freistaat Sachsen im vergangenen Jahr gesunken. Durch zügigen Personalaufbau und konsequenten Verfolgungsdruck will die Koalition für noch mehr sichtbare Sicherheit sorgen. //

Hier müsse gesetzlich für eine technische Waffengleichheit mit den Tätern gesorgt werden. Seine Fraktion halte deshalb die Onlinedurchsuchung und

Quellen-Telekommunikationsüberwachung für geboten. Wenn sich Täter in WhatsApp organisierten, müsse die Polizei auch dort ermitteln können.

// Sebastian Wippel



// Valentin Lippmann



// Uwe Wurlitzer



Bedingungen schwierig

Albrecht Pallas, SPD, nahm Bezug auf die bevorstehende Novellierung des Sächsischen Polizeigesetzes. Bei der Debatte darüber gelte es genau abzuwägen, wo die Polizei mehr Möglichkeiten zur Gefahrenabwehr benötige. Das müsse verantwortungsbewusst entschieden werden. Nach wie vor seien die Rahmenbedingungen bei der sächsischen Polizei schwierig. Vor allem der Personalmangel

Ausgabe 3.2018 / LANDTAGSKURIER

sorge für eine hohe Arbeitsbelastung. Angesichts dessen könnten die guten Arbeitsergebnisse gar nicht hoch genug veranschlagt werden und seien ein Grund mehr, den Polizistinnen und Polizisten dafür zu danken. Aber noch weit wichtiger als Dank in Worten sei der Dank durch Taten. Der Sächsische Landtag müsse weiter daran arbeiten, die Arbeitsbedingungen für die sächsischen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten durch mehr Personal zu verbessern.

Stimmungsmache

Enrico Stange, DIE LINKE, warf der Koalition in Sachsen und insbesondere der CDU vor, dass es ihnen vor allem um Aufrüstung und Verschärfung der Sicherheitsbehörden gehe. Entsprechend werde mit Polizeilichen Kriminalstatistiken im Freistaat Politik gemacht, wo die CDU in Serie verfassungswidrige Polizeigesetz-Entwürfe produziere, die dann wieder teilweise vom Sächsischen Verfassungsgerichtshof kassiert würden. Es sei allgemein bekannt und akzeptiert, dass die mit PKS-Zeitreihen ausgewiesenen Tendenzen nicht zwangsläufig der Entwicklung der tatsächlichen Kriminalität entsprächen. Sie könnten von anderen Einflüssen – wie Wandlungen im Anzeigeverhalten oder Änderungen im polizeilichen Kontrollsystem – geprägt sein. Vor allem aber sei die PKS nicht mit der Strafverfolgungsstatistik der Justiz vergleichbar. Die Zahlen der Verdächtigen und der als Täter verurteilten seien letzten Endes nicht dieselben.

Mehr Grenzkontrollen

Der Rückgang bei deutschen Tatverdächtigen, so Sebastian Wipfel, AfD, sei positiv. Allerdings werde beispielsweise der Rückgang bei Rohheitsdelikten von immer mehr ausländischen Tatverdächtigen kompensiert. Nichtdeutsche Tatverdächtige seien leider überrepräsentiert. Bei einem Anteil von 4,2 Prozent an der Wohnbevölkerung in Sachsen stellten sie 28 Prozent der ermittelten Täter. Des Weiteren wies er auf Spezialfälle im Bereich der Statistik hin. So sei Leipzig unter den ostdeutschen Großstädten die Kriminalitätshochburg. Zum anderen seien Kraftfahrzeug-Diebstähle in Sachsen zwar insgesamt gesunken, aber im Landkreis Görlitz seien die Zahlen um über 30 Prozent angestiegen. Die Grenzkriminalität an der polnischen Außengrenze sei entgegen dem Trend an der tschechischen Grenze ebenfalls gestiegen. Grenzkontrollen würden daher dringend gebraucht. Die AfD sei die einzige Partei, die im Sächsischen Landtag Grenzkontrollen konsequent fordere.

Zu viel Bauchgefühl

Valentin Lippmann, GRÜNE, bezeichnete das Hinbiegen von Statistiken als einen Katalysator dafür, dass Objektivität und harte Zahlen zunehmend durch Bauchgefühl ersetzt würden und der Innenminister dafür zum Vorbild und Helfershelfer werde. Die Zahlenakrobatik müsse ein Ende haben. Was den Titel der Aktuellen Debatte betreffe, so wirke die Aussage der Koalition, für mehr sichtbare Sicherheit sorgen zu wollen, nur noch grotesk. Zum einen sei es die CDU gewesen, die durch ihre Einsparungen bei der Polizei und den Abbau von Revieren dafür gesorgt habe, dass es zu einer Unsichtbarkeit der Polizei in Sachsen gekommen sei. Zum anderen bedeute Sichtbarkeit vor allem Ansprechbarkeit. Davon sei man im Freistaat kilometerweit entfernt. Das Staatsministerium des Innern habe unlängst zugeben müssen, dass keine einzige der 1000 geplanten Mehrstellen für die Verkehrspolizei zur Verfügung stehe, obwohl diese jeden Tag für die Sicherheit im Straßenverkehr sorgen müsste.

Wahlkampfstrategie

Uwe Wurlitzer, fraktionslos, bewertete die Interpretation der Lage seitens der Koalition als bestenfalls naiv und schlimmstenfalls als reine Wahlkampfstrategie. Durch Halbwahrheiten und lediglich suggerierte verbesserte Sicherheit werde sie ihre Wähler nicht zurückgewinnen. Die Wähler seien nicht dumm und wüssten ganz genau, wenn sie hinter die Fichte geführt würden.

Öffentliche Präsenz

Abschließend ging Prof. Dr. Roland Wöllner, Staatsminister des Innern, insbesondere auf die Personalsituation der Polizei und deren Präsenz in der Öffentlichkeit ein. Sachsen werde in den nächsten Jahren 1000 Polizisten mehr beschäftigen. In diesem Jahr allerdings werde noch eine Talsohle zu durchlaufen sein. Das Standortkonzept stehe zwar, doch werde 2018 der Altersabgang größer sein als die Zahl derer, die ausgebildet in den Revieren ankämen. Der Freistaat brauche mehr Polizisten auf der Straße als hinter dem Schreibtisch. Das wünschten sich übrigens auch die Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus müsse der Verfolgungsdruck vor allem an den Außengrenzen aufgebaut und aufrechterhalten werden. Die Koalition setze – auch mit der Novellierung des Sächsischen Polizeigesetzes – alles daran, damit die Menschen im Freistaat Sachsen sicher leben könnten.

Sachsen wird in den nächsten Jahren 1000 Polizisten mehr beschäftigen.

// Prof. Dr. Roland Wöllner
Foto: S. Floss



71. Sitzung des Sächsischen Landtags



Hintergrundinformationen zur Kriminalstatistik

71. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: © Sergey Nivens – stock.adobe.com

// In der 71. Sitzung am 26. April 2018 hat sich der Sächsische Landtag mit der Polizeilichen Kriminalstatistik 2017 befasst. Lesen Sie dazu die folgenden Hintergrundinformationen, Zahlen und Fakten. //

Insgesamt wurden 323 136 Fälle registriert. Das ist ein Rückgang von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Aufklärungsquote ist um 3,4 Prozentpunkte gestiegen und lag bei 59,2 Prozent.

Weniger Wohnungseinbrüche
Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist um 13,1 Prozent auf 4 071 gesunken (2016: 4 684). Die Aufklärungsquote lag bei mehr als 20 Prozent. Insgesamt 832 Wohnungseinbrecher konnten ermittelt werden.

Kfz-Diebstähle rückläufig
Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Diebstähle um 383 auf insgesamt 2 503 (2016: 2 886). Die Aufklärungsquote lag bei mehr als 25 Prozent.

Gewalt nimmt ab
Die Zahl der Delikte im Bereich Gewaltkriminalität ist um 8,5 Prozent auf 7 973 Fälle gesunken. Die Aufklärungsquote lag bei 77,9 Prozent.

Grenzkriminalität gesunken
Es wurden 17 831 Fälle (ohne ausländerrechtliche Straftaten) registriert. Das ist ein Minus von 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Entlang der 577 Kilometer Außengrenze gibt es 46 sächsische Gemeinden mit Grenzbezug, davon liegen 39 an der tschechischen und sieben an der polnischen Außengrenze.

Rauschgiftdelikte steigend
Die Anzahl der Delikte ist auf 12 207 gestiegen. Das ist ein Plus von 24,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2016: 9 819).

Cyberkriminalität bedrohlich
Es wurden 11 173 Fälle registriert. Das ist ein Plus von 8,8 Prozent. Auch die Zahl der Angriffe auf Datennetze stieg um 23,7 Prozent auf insgesamt 2 652 Fälle.

Viele Cyberangriffe werden allerdings nicht bemerkt oder angezeigt. Deshalb ist von einem nicht unerheblichen Dunkelfeld auszugehen. Laut einer Studie dürfte das reelle Bedrohungspotenzial im Freistaat bei mehr als 580 000 Fällen pro Jahr liegen. In Sachsen nutzen etwa drei Millionen Menschen über 18 Jahre das Internet. Fast jeder fünfte Nutzer war schon einmal Opfer von Schadsoftware, Identitätsdiebstahl, Internetbetrug oder digitaler Erpressung.

Straftaten durch Zuwanderer
Insgesamt 19 769 Fälle (ohne ausländerrechtliche Straftaten) wurden erfasst. Ein Jahr zuvor waren es noch 941 weniger. Fast ein Drittel der Straftaten waren Diebstähle, rund 17 Prozent Körperverletzungs- und 7,7 Prozent Rauschgiftdelikte. In Sach-

sen lebten 2017 insgesamt 52 918 Zuwanderer. Gegen 9 493 wurde strafrechtlich ermittelt. Eine besondere Gruppe darunter bilden mehrfach-/intensiv tatverdächtige Zuwanderer (MITA). Diese Gruppe umfasste 2017 insgesamt 677 Personen, die allein für 7 214 Straftaten verantwortlich sind. Das entspricht einem Anteil von rund 35 Prozent. Die meisten mehrfach-/intensiv tatverdächtigen Zuwanderer stammten aus Libyen (168), Tunesien (101), Marokko (81) und Georgien (71). Die sächsische Polizei und die Staatsanwaltschaften gehen bereits seit 2014 täterorientiert gezielt gegen MITA vor.



www.medien-service.sachsen.de



71. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Susanne Schaper

// In der zweiten Aktuellen Debatte der 71. Sitzung am 26. April 2018 thematisierte DIE LINKE den 200. Geburtstag von Karl Marx mit Blick auf ein sozial gerechtes Sachsen. //

Uwe Nösner

200 Jahre Karl Marx

DIE LINKE: Gute Arbeit hat Mehrwert – für ein sozial gerechtes Sachsen!

Die Kapitalismus-Analyse durch Marx, so Susanne Schaper, DIE LINKE, sei auch 200 Jahre nach seiner Geburt aktuell. Auch in Sachsen sei der soziale Frieden bedroht. Die Kapitalhäufung führe zu immer größerer Ungleichheit. So lebten 2016 in Sachsen 175 Einkommensmillionäre von über 290 Millionen Euro, während gleichzeitig 150 000 Kinder auf Sozialleistungen angewiesen seien. Diejenigen, die den materiellen und sozialen Wohlstand erarbeiteten, profitierten nicht davon. Dagegen sah Lars Rohwer, CDU, in der Debatte die Gelegenheit, sich der Verklärung von Marx und des Marxismus-Leninismus entgegenzustellen. Immerhin habe die marxistische Ideologie in der DDR 1347 Todesopfer gefordert. Aus seiner Sicht wäre es zudem ein großer Fehler, einen neuen Kollektivmenschen bilden zu wollen, wie es Marx propagiert habe. Wer Freiheit wolle, müsse die Gesellschaft so entwickeln, dass das Individuum im Mittelpunkt stehe und Leistung sich lohne.



// Martin Dulig // Fotos: S. Floss

des 19. Jahrhunderts präge bis heute weltweit viele ökonomische, politikwissenschaftliche und philosophische Theorien. Er sei einer der Impulsgeber der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie und der katholischen Soziallehre gewesen. Mario Beger, AfD, zog seinerseits in Zweifel, dass Wirtschaft eine Teilmenge von Gerechtigkeit sei. Aufgabe der Wirtschaft sei es, knappe Ressourcen möglichst effektiv zu verteilen und Produktionsfaktoren wie Arbeit und Kapital effizient, das heißt gewinn- und nutzenorientiert, einzusetzen. Wohlfahrtsverluste entstünden jedoch oft, wenn der Staat eingreife oder über Enteignungen oder Förderungen Ver-

knappungen oder Überproduktionen herbeiführe. Derartige Modelle hätten noch nie eine lange Lebensdauer aufzuweisen gehabt.

Veränderte Arbeitswelt

Volkmar Zschocke, GRÜNE, wandte sich angesichts der aktuellen Veränderung der Arbeitswelt der vernachlässigten Gesundheits- und Sozialwirtschaft zu. Der Koalitionsvertrag beinhalte das Versprechen, die Abwanderung von Fachkräften im Sozialbereich zu stoppen. Der Wirtschaftsminister müsse die Planungs- und Gestaltungsverantwortung auch für diesen Teil des Arbeitsmarktes annehmen. In seiner Kampagne »Gute Arbeit für Sachsen« dürften die sozialen Berufe nicht vergessen werden. Abschließend ergriff der Wirtschaftsminister Martin Dulig dazu selbst das Wort. Beim Thema soziale Arbeit lägen tatsächlich landes- und bundespolitisch die größten Herausforderungen. Zugleich müsse die Bedeutung guter Erwerbsarbeit weiterhin anerkannt werden. In einer Welt der »Guten Arbeit« schütze und ermächtige ein solidarischer Sozialstaat die Gewerkschaften und die Mitbestimmung. Wer dagegen ein bedingungsloses Grundeinkommen fordere, stelle die Voraussetzungen für »Gute Arbeit« infrage.

Kritische Würdigung

Wie Henning Homann, SPD, feststellte, versuche in der Debatte jeder, seine Deutungshoheit von Karl Marx durchzusetzen. Seine Fraktion erhebe diesen Anspruch nicht und halte von einer kritischen Würdigung weit mehr. Marx' Analyse der Arbeitsgesellschaft

Flämische Abgeordnete zu Besuch im Sächsischen Landtag



Foto: D. Flechter

// Eine Delegation von Abgeordneten des Flämischen Parlaments besuchte vom 19. bis 20. April 2018 den Sächsischen Landtag. Den Schwerpunkt des Besuchs bildete der politische Austausch zwischen Flandern und Sachsen. Die flämischen Abgeordneten trafen sich unter anderem mit Landtagspräsident Dr. Matthias Röbber und Sachsens Innenminister Prof. Dr. Roland Wöllner. Außerdem unternahmen sie eine Tour durch Dresden und nahmen an einer Podiumsdiskussion in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung teil. //



Fotos: D. Flechtner



// oben: Delegation im Plenarsaal / Podiumsdiskussion in der Landeszentrale / unten: Gesprächsrunde mit Innenminister / Besichtigung des Dresdner Werks von Vandemoortele, einem belgischen Familienunternehmen // Fotos: D. Flechtner, SLPB:benjenak.de (rechts oben)

Dr. Thomas Schubert/Christian Schulze

Abgeordnete aus Flandern zu Besuch im Landtag

Europäische Regionalparlamente im Dialog

»Kaum einen Parlamentspräsidenten habe ich seit 2009 in europäischen Gremien öfter getroffen als meinen geschätzten Amtskollegen Jan Peumans«, so Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner zur Begrüßung der Delegation flämischer Abgeordneter in Dresden. Beide Länderparlamente pflegen seit einiger Zeit den gegenseitigen Kontakt und engagieren sich in der »Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente«.

// Flandern im Herzen Westeuropas und Sachsen in Mitteleuropa trennen etwa 700 km – aber die Interessen beider Regionen insbesondere in der Europa- und Flüchtlingspolitik sind ähnlich. Das wurde beim Besuch flämischer Abgeordneter vom 19. bis 20. April 2018 im Sächsischen Landtag deutlich. //

Zuletzt war im März 2017 eine Delegation des Sächsischen Landtags im Rahmen einer Brüssel-Reise mit Abgeordneten des Flämischen Parlaments zusammengetroffen. Diesmal konnten sich die

zwölf Gäste aus Flandern ein Bild vom deutschen Föderalismus sowie vom Parlamentarismus in Sachsen machen. Selbstverständlich kam auch die Dresdner Stadtkunde nicht zu kurz (u. a. mit einem

Besuch der Frauenkirche), der Fokus lag dennoch auf dem politischen Austausch.

Gemeinsame Werte auf europäischer Ebene verteidigen

Die Interessen Flanderns und Sachsens sind insbesondere in der Europa- und Flüchtlingspolitik ähnlich, das zeigte sich bei einer Gesprächsrunde mit Sachsens Innenminister

Prof. Dr. Roland Wöllner und Abgeordneten beider Parlamente. »Die großartige Idee Europas nimmt Schaden, wenn wir die Sicherheit für die Bürger Europas nicht gewährleisten«, sagte Wöllner – und dazu gehöre ein effektiver Schutz der EU-Außengrenzen. »Hier muss Europa endlich wieder handlungsfähig werden, denn nur dann können wir eine Solidarität der osteuropäischen Staaten erwarten«, betonte auch Matthias Diependaele, Fraktionsvorsitzender der Neuen Flämischen Allianz (N-VA), der mit Abstand stärksten Partei im Flämischen Parlament. Ähnlich wie Deutschland habe auch Flandern überproportional viele Flüchtlinge aufgenommen, weshalb eine Neuverteilung der Migranten nötig sei. Die Abgeordneten beider Seiten waren sich einig, dass es hier einer Stärkung der

EU bedürfe. »Die Europäer, auch die Flamen und Sachsen, teilen über Ländergrenzen hinweg gleiche Werte. Aber wir alle müssen diese westlichen Werte, den Rechtsstaat und unsere Identität auch verteidigen – in den Regionen ebenso wie auf europäischer Ebene«, betonte Landtagspräsident Röbner.

// Willkommensgeschenk an die flämische Delegation // Foto: D. Flechtner



Regionalparlamente im Europa von morgen

Deutlicher wurden die Unterschiede bei der abendlichen Podiumsdiskussion in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Die Parlamentspräsidenten unterhielten sich dort zum Thema »Die Rolle

der Regionalparlamente im Europa von morgen«. Flandern, so Peumans, habe im Vergleich zu den deutschen Ländern mehr eigene Zuständigkeiten, sei in einigen Feldern gar völlig autonom. Zudem breche in Belgien Bundesrecht nicht Landesrecht. Jede der Staatsreformen habe in den vergangenen Jahren den Regionen mehr eigene Rechte gebracht. In Deutschland hingegen, so Röbner, sei der Föderalismus historisch bedingt eher kooperativ angelegt, und es sei durchaus sinnvoll, viele Standards zwischen den Bundesländern zu vereinheitlichen. Dennoch würden die Länderkompetenzen zunehmend eher beschnitten denn erweitert. Zudem sei es für die Landesparlamente nahezu unmöglich, auf den Bundesrat, also auf die Vertretung der Länder im Bund, einzuwirken.



// Brügge, Hauptstadt von Westflandern im Nordwesten Belgiens // Foto: ©TTstudio – stock.adobe.com

Flandern – eine Region Europas

Belgien hat sich in den letzten vier Jahrzehnten von einem Einheitsstaat zu einem Bundesstaat gewandelt, in dem drei Regionen und die mit ihnen weithin deckungsgleichen Sprachgemeinschaften über viel politische Autonomie verfügen. Während in der Region

Flandern überwiegend Niederländisch gesprochen wird, ist Wallonien weithin französischsprachig und teilweise deutschsprachig. In der Region Brüssel-Hauptstadt kommen alle drei Sprachen vor. Das innerbelgische Verhältnis ist daher spannungsgeladen, seit dem 19. Jahrhundert gärt der flämisch-wallonische Konflikt zwischen den Gemeinschaften. Das hetero-

gene Belgien ist ein von Teilung bedrohtes Land. Ein stetig vertiefter Föderalismus, der nur noch Kernbefugnisse wie Verteidigung auf nationaler Ebene belässt, soll das vermeiden helfen.

Flandern ist die nördlichste Region des Königreichs Belgien und mit einer Fläche von 13 522 km² rund ein Viertel kleiner als Sachsen. 6,5 Millionen

Einwohner machen es jedoch zu einer sehr dicht besiedelten Region Europas. Amtssprache ist Niederländisch. Das wirtschaftlich starke Flandern profitiert unter anderem von der großen ökonomischen Bedeutung der Hafen- und Handelsstadt Antwerpen. Weitere bekannte Städte in Flandern sind Brügge und Gent.



Das Flämische Parlament

Das Flämische Parlament ist eine junge Institution. Seine Geschichte verknüpft sich unmittelbar mit der 1970 begonnenen Föderalisierung Belgiens. Die Volksvertretung mit Sitz in Brüssel übt heute die legislative Zuständigkeit für die Sprachgemeinschaft wie für die Region Flandern aus. Das Flämische Parlament (124 Sitze) beschließt alle die



// Plenarsaal des Flämischen Parlaments // Foto: Vlaams Parlement

Flamen betreffenden Dekrete (Gesetze) u. a. auf den Gebieten Kultur, Schule, Wissenschaft, Wirtschaft, Verkehr oder Umwelt. Seit der Wahl 2014 besteht das Parlament aus sieben Parteien. Stärkste Kraft ist die Neue Flämische Allianz (N-VA) mit 43 Sitzen. Sie bildet zusammen mit den Christdemokraten (CD&V) und den Liberalen (Open VLD) eine Regierungskoalition.

Die sächsische Polizei in Vergangenheit und Gegenwart



Foto: G. Moreno

// »Spurensuche – Die Polizei Sachsen im Wandel der Zeit« – So lautete der Titel der Ausstellung, die vom 18. April bis 25. Mai 2018 im Sächsischen Landtag zu sehen war. Die Ausstellung wurde von der Polizeidirektion Dresden realisiert und beleuchtete die Entwicklung der sächsischen Polizei von ihren Anfängen bis in die Gegenwart. //



Fotos: G. Moreno

Dr. Thomas Schubert

Von der Königlichen Landgendarmarie zur Polizei Sachsen

»Spurensuche – Die Polizei Sachsen im Wandel der Zeit«

Am Anfang stand eine Herausforderung: Wie bekommt man ein 350 Kilogramm schweres Polizeimotorrad, das in keinen Fahrstuhl passt, in die Beletage des Bürgerfoyers im Sächsischen Landtag? Genau, mit ordentlich Muskelkraft und viel gutem Willen. Denn die Polizeidirektion Dresden unter Polizeipräsident Horst Kretzschmar hatte nicht nur aufwändig die Ausstellung entworfen, sie hatte auch keine Mühen gescheut, den Besuchern die Polizei Sachsen zum Greifen nah zu präsentieren. So fand sich neben Uniformen aus verschiedenen Jahrzehnten, alten Dienstwaffen und moderner Schutzausrüstung auch ein Bomben-Entschärferanzug samt zugehöriger Robotertechnik. Dabei und beim Anblick des Modells einer Drogenküche, die sich bis 2001 verborgen im Keller eines Hauses befand, ahnten die Besucher, mit welcher kriminellen Energie die sächsische Polizei konfrontiert ist.



// Dr. Matthias Rößler



// Horst Kretzschmar

Wechselvolle und traditionsreiche Geschichte

Im Zentrum der Ausstellung stand aber die Geschichte staatlicher Polizei in Sachsen. Diese Geschichte, so bemerkte Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler einleitend, sei ebenso wechselvoll wie traditionsreich. Zu ihr gehöre der Versuch, während der Weimarer Republik eine demokratische Polizei zu bilden, ebenso wie der brutale Missbrauch polizeilicher Gewalt im Nationalsozialismus oder die Einbindung der Polizei als Machtinstrument der SED zu DDR-Zeiten. Erst seit 1990 dienten die Beamtinnen und Beamten als Bürgerpartner einem demokratischen Rechtsstaat. Letzteres betonte auch Prof. Dr. Günther Schneider, Staatssekretär im sächsischen Innenministerium. Die Polizei sei heute »mittendrin in der Gesellschaft«. Sie sammle, so Polizeipräsident Horst Kretzschmar, aus ihrer langen Geschichte Erfahrungen, um in ihrem Handeln stets besser zu werden. Heute sei zweifelsohne der Schutz der Bürgerinnen und Bürger die zentrale Motivation der Polizei.

Hauptkommissar Wolfgang Schütze führte die Gäste kundig durch die Ausstellung; beginnend bei den Vorläufern polizeilichen Handelns im Kurfürstentum Sachsen. Stockmeister, Flurschützen und Stadt-

// »Spurensuche – Die Polizei Sachsen im Wandel der Zeit« lautete der Titel der Ausstellung, die vom 18. April bis zum 25. Mai 2018 im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags zu besichtigen war. Sie verwies mit interessanten Exponaten und Zeittafeln auf die über 200-jährige Geschichte der sächsischen Polizei, bot Einblicke in den Bestand des früheren Dresdner Kriminalmuseums, informierte über berühmte Kriminalfälle und zeigte gefälschte Bilder aus dem Fundus der Polizeihistorischen Sammlung. //



richter hatten damals polizeiliche Befugnisse. Die erste staatliche Polizeibehörde entstand erst Anfang des 19. Jahrhunderts mit der »Königlichen Landgendarmarie Sachsen«. Sie sollte zunächst die Landbewohner und Postkutschen außerhalb der Städte vor Wegelagerern und Dieben schützen. Aber auch in den Städten formten sich Stück für Stück Polizeibehörden aus. So dauerte es dennoch bis 1854, ehe in der Königlichen Polizeidirektion Dresden eine Kriminalabteilung eingerichtet wurde. Trotzdem entwickelte sich in den Folgejahren die sächsische Kriminalpolizei zu einer Vorreiterin für andere deutsche Staaten.

»Zackiges Auftreten ersetzte fehlendes Fachwissen«

Am Ende des Ersten Weltkriegs war ein Neuaufbau der Polizei in Sachsen unumgänglich. Die sächsische Staatsregierung schuf 1922 die erste staatliche Polizeistruktur mit Revier- und Bereitschaftspolizei sowie einem Landeskriminalamt. Ebenso entstand in Meißen eine Landespolizeischule, die fortan eine gründliche Ausbildung gewährleisten sollte. Bis dahin hatten sechswöchige Kurzlehrgänge genügen müssen. Zackiges Auftreten ersetzte daher oft fehlendes Fachwissen, wie Hauptkommissar Schütze anmerkte. Mit dem Anspruch einer rechtsstaatlichen Polizei war das freilich nicht vereinbar. Die Staatsregierung gestaltete die Polizei nach rechtsstaatlichen Grundsätzen um, was sich aber angesichts der politischen Gewalt im Innern der Weimarer Republik als nur bedingt wirksam erwies.

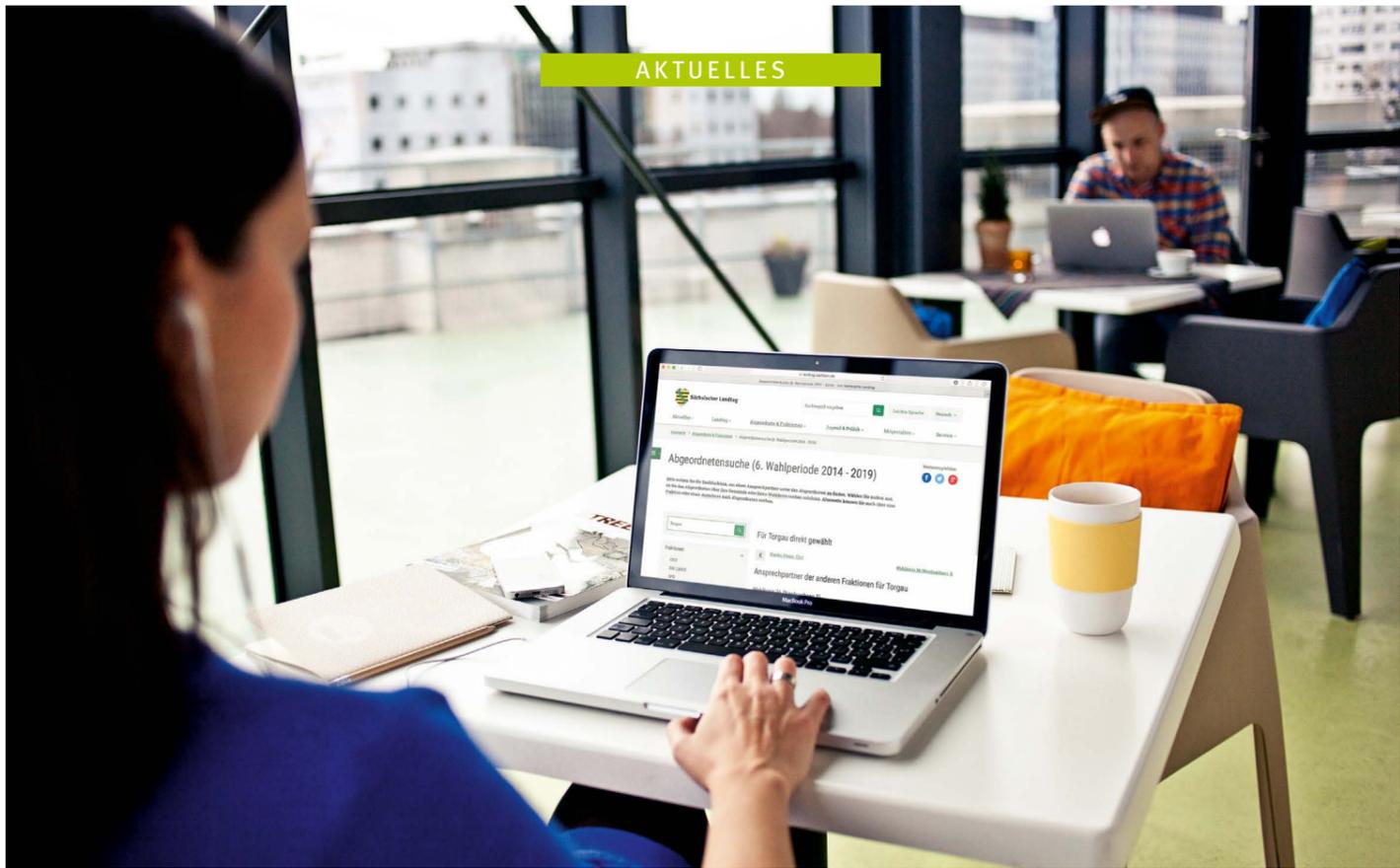
Polizei in Diktatur und Demokratie

Die Nationalsozialisten »säuberten« ab 1933 die staatlichen Behörden von politisch unliebsamen Beamten und instrumentalisierten auch die Polizei zur Verfolgung politischer Gegner. Die Polizei wurde dem

Reich unterstellt und so zu einem Terrorinstrument der Nationalsozialisten. Nach Gründung der DDR wurde die »Volkspolizei« ebenfalls zentral strukturiert und später dann militärisch organisiert. Sie fungierte jenseits ihrer »normalen« Tätigkeit etwa bei der Kriminalitätsbekämpfung als ein integraler Teil des sozialistischen Herrschaftssystems und der SED-Diktatur, was ein gespaltenes Verhältnis zwischen Volkspolizei und Bevölkerung zur Folge hatte.

Mit dem Wiederentstehen des Freistaates Sachsen 1990 ging auch die strukturelle wie personelle Neuorganisation der uns heute vertrauten Landespolizei einher. 1991 trat das vom Sächsischen Landtag verabschiedete Polizeigesetz des Freistaates Sachsen in Kraft, das nicht nur umfangreiche organisatorische Neuerungen enthielt, sondern erstmals auch eine vollwertige rechtsstaatliche Basis für polizeiliches Handeln in Sachsen schuf. Verbunden mit einer modernen Aus- und Fortbildung der Polizistinnen und Polizisten entstand so eine bürgernahe Polizei Sachsen, die breites Vertrauen genießt.





AKTUELLES

Katja Ciesluk

Noch näher an den Bürgern

Neue Funktionen auf der Landtags-Website

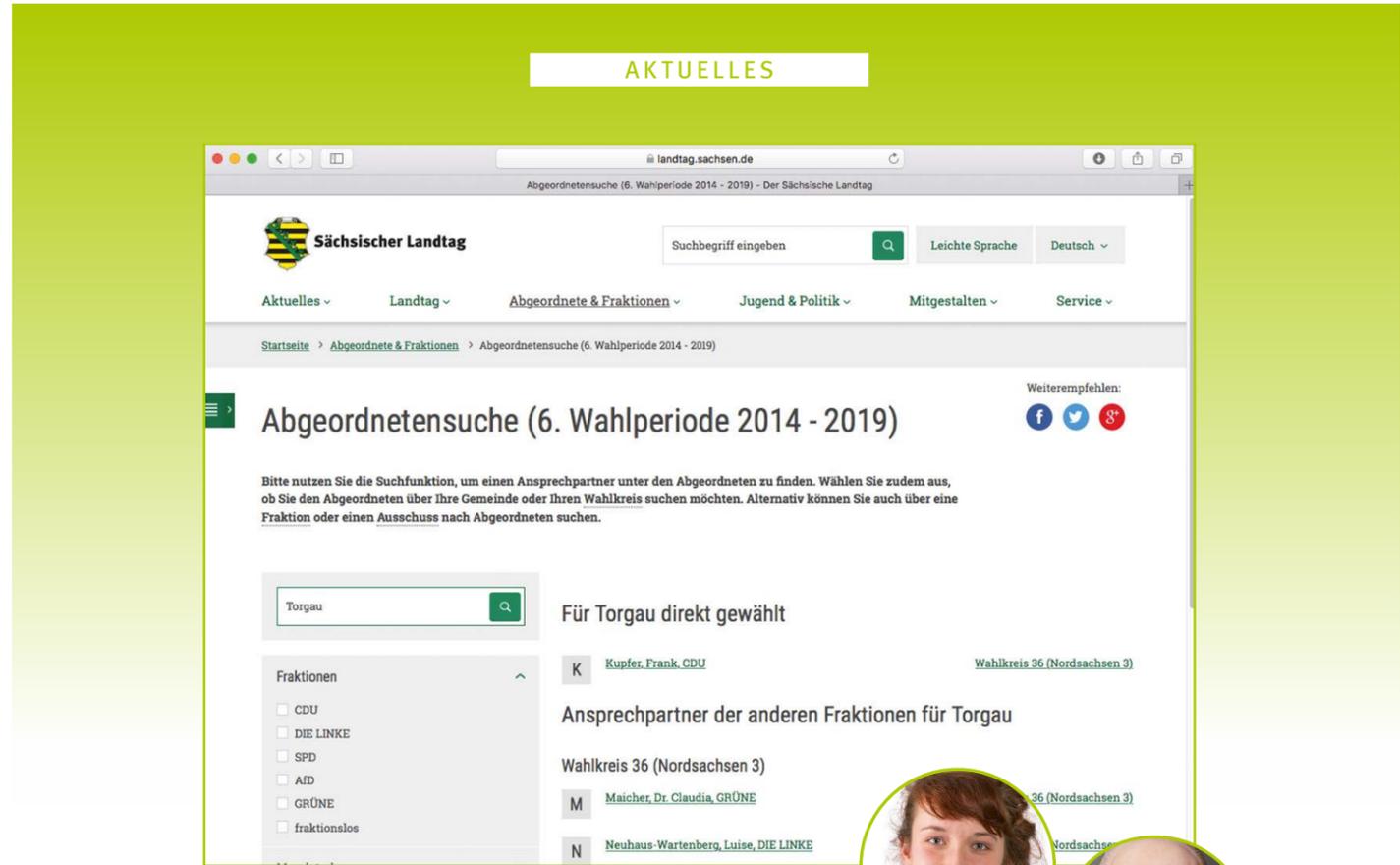
// Sie wollen wissen, an welche Landtagsabgeordneten Sie sich in Ihrer Kommune wenden können oder suchen aktuelle Daten über die Arbeit des Parlaments sowie über seine Mitglieder? Auf der Website des Sächsischen Landtags www.landtag.sachsen.de werden Sie fündig – jetzt mit noch mehr Angeboten für die Bürgerinnen und Bürger. //

Immer die richtigen Ansprechpartner finden

So ist es beispielsweise auf der Website möglich, für jeden Ort in Sachsen Ansprechpartner aller fünf im Landtag vertretenen Fraktionen zu recherchieren. Die Suche zeigt neben den Direktkandidaten der Wahlkreise nun auch die Abgeordneten der anderen Fraktionen, die für die jeweilige Region zuständig sind. Dies schafft zusätzliche Transparenz und hilft bei der Recherche. Die Zuordnung der Listenkandidaten zu den 60 Wahlkreisen im Freistaat basiert auf Informationen der Fraktionen. Gern können Sie die Abgeordneten direkt über die Website kontaktieren oder sich den exakten Zuschnitt des entsprechenden Wahlkreises anzeigen lassen. Zudem bietet die Abgeordnetensuche zu allen 126 Abgeordneten ausführliche Informationen und Kontaktdaten.



www.landtag.sachsen.de/de/abgeordnete-fraktionen/abgeordnete



AKTUELLES

Abgeordnetensuche (6. Wahlperiode 2014 - 2019)

Bitte nutzen Sie die Suchfunktion, um einen Ansprechpartner unter den Abgeordneten zu finden. Wählen Sie zudem aus, ob Sie den Abgeordneten über Ihre Gemeinde oder Ihren Wahlkreis suchen möchten. Alternativ können Sie auch über eine Fraktion oder einen Ausschuss nach Abgeordneten suchen.

Torgau

Für Torgau direkt gewählt

- Fraktionen
- CDU
 - DIE LINKE
 - SPD
 - AfD
 - GRÜNE
 - fraktionslos

K Kupfer, Frank, CDU

Wahlkreis 36 (Nordsachsen 3)

Anspruchspartner der anderen Fraktionen für Torgau

Wahlkreis 36 (Nordsachsen 3)

M Maicher, Dr. Claudia, GRÜNE

N Neuhaus-Wartenberg, Luise, DIE LINKE



Anja Klotzbücher



Svend-Gunnar Kirmes

Abgeordnetenstatistik

Der sächsische Abgeordnete ist durchschnittlich 49 Jahre alt, männlich und verheiratet – das belegen die Daten der Abgeordnetenstatistik, die das Parlament auf seiner Website veröffentlicht (Stand: 13. April 2018). Demnach sind zwei von drei Abgeordneten Männer (67,4 Prozent), zwei Drittel der Parlamentarier verheiratet (66,7 Prozent) und reichlich jedes dritte Mitglied des Landtags ist konfessionslos (38,5 Prozent).

Aus der Statistik lässt sich die Verteilung der Häufigkeiten nach Fraktionen ablesen. Der Frauenanteil bewegt sich demnach zwischen 18,6 Prozent (AfD) und 51,9 Prozent (DIE LINKE), das Durchschnittsalter variiert zwischen 43,7 Jahren (GRÜNE) und 50,9 Jahren (CDU).

Über 45 Jahre trennen die jüngste Abgeordnete Anja Klotzbücher (DIE LINKE) von Svend-Gunnar Kirmes (CDU), dem ältesten Mitglied des Sächsischen Landtags.

Bitte geben Sie den gewünschten Stichtag ein:		Gesamter Landtag	männliche MfL	weibliche MfL	CDU	DIE LINKE	SPD	AFD	GRÜNE	fraktionslos
13.04.2018		Durchschnittsalter	49	49,2	48,6	50,9	46,3	47,7	43,7	50,4
		Abweichung vom Durchschnittsalter in Jahren	0	0,2	-0,4	1,9	-2,7	-1,2	-0,7	-0,3

Bitte geben Sie den gewünschten Stichtag ein:		Anteil weiblicher MfL in %		Anteil männlicher MfL in %	
13.04.2018		Gesamt	32,6	67,4	
		CDU	18,6	81,4	
		DIE LINKE	51,9	48,1	
		SPD	44,4	55,6	
		AFD	22,2	77,8	
		GRÜNE	50	50	
		fraktionslos	60	40	

Die Daten sind für alle Landtage seit 1990 abrufbar und lassen sich stichtagsbezogen auswerten. So verrät ein Blick in die Abgeordnetenstatistik, dass bei Zusammentritt des 1. Sächsischen Landtags am 27. Oktober 1990 nur sehr wenige Frauen einzogen (14,5 Prozent), die Mehrheit evangelisch (56,6 Prozent) bzw. verheiratet (83,0 Prozent) war und der Altersdurchschnitt bei 44,7 Jahren lag.

Die Abgeordnetenstatistik gibt außerdem Auskunft über die personelle Zusammensetzung aller Ausschüsse sowie des Präsidiums seit 1990 und dokumentiert alle Ein- und Austritte von Abgeordneten während laufender Wahlperioden sowie Fraktionswechsel.



www.landtag.sachsen.de/de/abgeordnete-fraktionen/statistik/



// Konzert am Bachdenkmal vor der Thomaskirche // Foto: © Dirk-Brzoska



// GRASSI Museum für angewandte Kunst // Foto: © Andreas Schmidt



// Museum der bildenden Künste Leipzig // Foto: © Andreas Schmidt



// Seebühne Talsperre Kriebstein // Foto: © René Jungnickel



// Schloss Schwarzenberg // Foto: © reimax16 – stock.adobe.com

25 Jahre Sächsisches Kulturraumgesetz

Kulturräume in Sachsen

TEIL 3

Tobias Kobe

Urbaner Kulturraum Leipzig

Leipzig ist aktuell die bevölkerungsreichste Stadt im Freistaat Sachsen und die am schnellsten wachsende deutsche Großstadt. Seit der Jahrtausendwende stieg die Einwohnerzahl um fast 20 Prozent. Aus ihrer über 1000-jährigen Historie, aber auch aus der dynamischen Entwicklung seit 1990 werden zahlreiche Assoziationen mit Leipzig verbunden: Deutschlands ältester Messeplatz, Universitäts-, Buch- und Sportstadt, Produktionsstandort für Weltmarken wie BMW und Porsche, Verkehrsknotenpunkt mit dem weltweit größten Luftfrachtdrehkreuz und vieles mehr.

Unabhängig von allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen nahm Leipzig zu jeder Zeit eine exponierte Stelle als »Kulturstadt« ein, galt schon im 19. Jahrhundert neben Paris und Wien als europäische Musikmetropole. Bedeutende Komponisten wie Johann Sebastian Bach oder Felix Mendelssohn-Bartholdy wirkten hier, der weltweit

meistgespielte Opernkomponist Richard Wagner wurde ebenso in Leipzig geboren wie Clara Schumann, deren 200. Geburtstag im kommenden Jahr gefeiert wird. Hier ist das älteste bürgerliche Orchester der Welt beheimatet, vor 275 Jahren fand das erste Konzert des Gewandhausorchesters statt. Ab dieser Spielzeit tritt Andris Nelsons in die musikalischen Fußstapfen von Größen wie Kurt Masur oder Herbert Blomstedt. Die Oper, das drittälteste bürgerliche Musiktheater Europas, begeht 2018 ihr 325-jähriges Gründungsjubiläum, und mit dem Thomanerchor nennt Leipzig einen der ältesten Knabenchöre »sein Eigen«.

Leipzig bietet über die Musik hinaus kulturelle Höhepunkte, etwa mit dem Schauspielhaus und dem ältesten Kinder- und Jugendtheater Deutschlands, dem »Theater der Jungen Welt«. Keine andere deutsche Stadt kann auf so viele Museen verweisen. Das GRASSI Museum bietet im Verbund mit dem Freistaat Sachsen drei ständige Ausstellungen unter einem Dach. Das Museum der bildenden Künste setzt unter neuer Direktion noch stärker auf die Alte und Neue Leipziger Schule und steht in den Vorbereitungen zu großen Exhibitionen, die 2020 den 100. Todestag von Max Klinger und den 60. Geburtstag von Neo Rauch reflektieren.

Ein besonderer Stellenwert kommt der Freien Szene zu, wo mehr als die Hälfte aller kulturellen Angebote vor Ort entstehen. Im Veranstaltungskalender wird die Vielfalt der Angebote deutlich: Bachfest, Museumsnacht, die Nacht der Hausmusik der Leipziger Notenspur, Jüdische Woche, Dokumentarfilmfestival und viele andere vermitteln eine besondere Atmosphäre in einer besonderen Stadt. Den Stellenwert der Kultur in Leipzig spiegelt auch der kommunale Haushalt wider. Der Leipziger Kulturretat 2018 beläuft sich im Ergebnishaushalt auf rund 150 Millionen Euro, darunter ca. 31 Millionen Euro Kulturumgelder. Die Zuwendungen des Freistaates Sachsen sorgen mit dafür, dass den Leipzigern und ihren Gästen ein einzigartiges Kulturangebot offensteht.

KONTAKT:
Stadt Leipzig
Dezernat Kultur
kulturdezernat@leipzig.de



Wolfgang Kalus

Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen

Der Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen ist der größte ländliche Kulturraum in Sachsen. Auf rund 4 000 Quadratkilometern bietet er neben viel Geschichte auch allerhand Aktuelles. So bespielen die in der Mittelsächsischen Theater- und Philharmonie gGmbH zusammenschlossenen Theater Döbeln und Freiberg die gesamte Region Mittelsachsen. Darunter auch die große Seebühne auf der Talsperre Kriebstein, mit der die sächsische Theaterlandschaft um einen prächtigen Schauplatz reicher ist. Auch die Erzgebirgische Theater und Orchester gGmbH mit dem Eduard-von-Winterstein-Theater Annaberg-Buchholz und dem Erzgebirgischen Sinfonieorchester Aue bietet zahlreiche kulturelle Attraktionen, wobei Auftritte im Naturtheater Greifensteine sicherlich immer Höhepunkte sind.

Das Musikfest Erzgebirge ist unter dem Motto »Hohe Kunst, tief verwurzelt« eine der jüngsten Kulturinstitutionen der Re-

gion. Alle zwei Jahre kommen hier seit 2010 nationale und internationale Musiker sowie berühmte Dirigenten und Chöre von Welt zusammen, um in den schönsten Sakralbauten des Erzgebirges einen Dreiklang aus Landschaft, Architektur und Musik anzustimmen. Alle zwei Jahre finden zudem zu Ehren des großen sächsischen Orgelbaumeisters in Freiberg die Gottfried-Silbermann-Tage mit einem internationalen Wettbewerb statt. Auch die Kulturaktive in Mittelsachsen bauen nicht nur auf die historischen Schätze, sondern haben eigene Höhepunkte des kulturellen Lebens kreiert. Alljährlich von Juni bis September besuchen mehr als 250 000 Gäste die Veranstaltungen des Mittelsächsischen Kultursommers in den Städten und Gemeinden Mittelsachsens.

Im Erzgebirge pflegen die Standesvereinigungen der Bergleute bis heute die bergmännischen Traditionen, u. a. mit großen Bergparaden und

Bergfesten. Unter den zahlreichen Spezialisten, die der Bergbau einst anlockte, war 1522 auch Adam Ries. Jahrelang wirkte er in Annaberg als Bergschreiber und Leiter der Rechenschule, die er im heutigen Adam-Ries-Museum in Annaberg-Buchholz eingerichtet hatte.

Die gesamte Region ist reich an Museen. Besucherbergwerke, Bergbaulehrpfade und technische Museen wie das Bergbaumuseum Oelsnitz/Erzgebirge spiegeln die Leistungen der Menschen wider. Das Stadt- und Bergbaumuseum Freiberg oder das Spielzeugmuseum Seiffen erzählen vom hiesigen handwerklichen Geschick.

Die »artmontan Kulturtage« laden ein zu künstlerischen Inszenierungen in den alten Bergbau- und Industrieanlagen. Raum und Akustik ergänzen sich hier mit der Experimentierfreude der Künstler. Widmen sich das Erzgebirgensemble Aue und die Erzgebirgischen Jugendkultur-tage besonders der Pflege hei-

matlicher Traditionen, so führen der Literaturpreis »Kammerweg«, die Arbeit des Kulturzentrums Schloss Schwarzenberg oder die Angebote der Volkskunstschule Oederan eine Kultur vor Augen, in der auch das zeitgenössische Schaffen breiten Raum einnimmt.

Darüber hinaus bieten Bibliotheken, soziokulturelle Einrichtungen, Galerien und Kunstsammlungen sowie kirchenmusikalische Projekte den 660 000 Menschen im Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen ein breitgefächertes Kulturangebot – und dies soll auch dank der Kulturraumförderung erhalten bleiben.

KONTAKT:
Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen
Wolfgang Kalus –
Kultursekretär
w.kalus@kr-erzms.de

Prof. Dr. Josef Matzerath

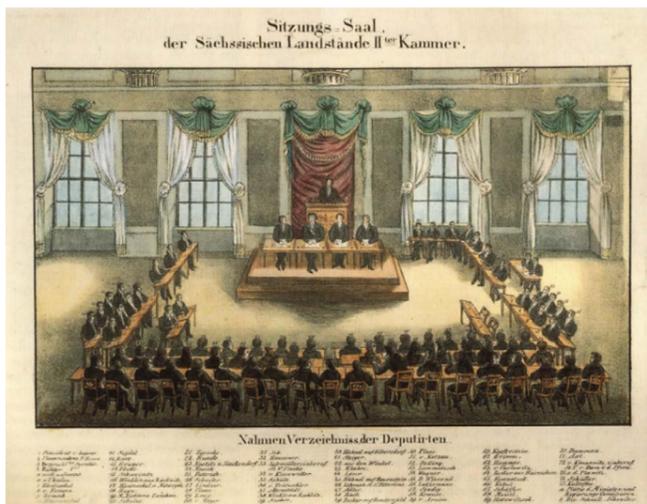
Landtage als gesellschaftliche Zentralorte

Vom Mittelalter bis zur Weimarer Republik

// Im Laufe der Geschichte haben sächsische Landtage auf unterschiedliche Weise beansprucht, ein zentraler Ort in der jeweiligen Gesellschaft zu sein. Immer wieder machten sie das zeichnerisch sichtbar. Selbstverständlich änderten sich diese Selbstsymbolisierungen und damit auch die Leitideen der Landtage. Der historische Wandel der Institution wird deshalb unter anderem als Wandel solcher handlungsleitender Ideen greifbar. //

Für das Mittelalter lässt sich in den Quellen erst spät der Begriff »Landtag« nachweisen. Über Jahrhunderte liest man nur von placita provincialia oder von »Tagen«. Wieweit diese Versammlungen miteinander in Bezug stehen oder ob sie gar nach einheitlichem Modus abgehalten wurden, steht noch in Frage. Zu diesen Zusammenkünften traf sich ein vornehmer Teilnehmerkreis. Im Einzelfall bleibt aber schwer zu erschließen, welche rituellen Formen praktiziert wurden und welche Gültigkeit diese Treffen beanspruchten. Wurden lediglich Rechtsakte vollzogen oder auch Politisches beraten? Vorderhand lassen sich die Tage und placita jedenfalls unter die Formulierung eines »gesellschaftlichen Zentralorts« fassen.

Seit dem Beginn der Frühen Neuzeit waren Landtage zweifellos ein eigenständiger Versammlungstyp. Das bestätigt zunächst die Selbstsicht der Personen, die sich damals versammelten. Dafür sprechen außerdem die Zuschreibungen, mit denen der Landesherr den Landtagen gegenübertrat. Weiterhin konnten die Landtage nun auf Tradition und Herkommen zurückgreifen. Sie hatten ihre Eigengeschichte, bildeten eine eigenständige Archivüberlieferung und entwickelten



// Verzeichnis und Lithografie der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags 1843 (Stadtmuseum Dresden)

ihren besonderen rituellen Charakter. Von 1555 bis 1628 tagten die sächsischen Landtage in Torgau. Zuvor kamen sie immer wieder an anderen Orten zusammen. Mit dem stabilen Ort verfestigten sich auch die Tagungsfrequenzen und Kommunikationsroutinen. Vor allem der Landesherr hat in Torgau die institutionelle Regulierung der Landtage bedeutend vorangetrieben. Nicht zufällig entstand in dieser Phase ein Papier, das die Tagungsmodalitäten festhielt: die sogenannte alte Landtagsordnung.

Später beanspruchten die Stände mehr und mehr selbst

die Kompetenz, die Struktur der Landtage zu bestimmen. Die Kommunikationsabläufe gewannen eine zunehmend fixe Gestalt und der Geschäftsgang wurde immer stärker geregelt. Die Corpora und Consilia des Landtages konstituierten ihre eigene Geltung vor allem dadurch, dass sie sich das Recht nahmen, eigene Schriften zu erstellen. Gleichzeitig wurden die Stände der sieben kursächsischen Kreise stärker. Sie entwickelten sich zu einer Vorinstanz für Landtage, deren Kommunikation parallel zur staatlichen Mittel- und Zentralverwaltung verlief.

Frühneuzeitliche Veränderungen

Noch auf einer anderen Ebene lassen sich frühneuzeitliche Veränderungen feststellen. Als der Landtag 1631 von Torgau nach Dresden wechselte, veränderte sich auch die gesellige Dimension der Ständeversammlungen. Nach Torgau kamen die Landtagsmitglieder allein oder in Begleitung von Knechten. Zudem gab es Musterungen der Ritterpferde am Rande des Landtags. In Dresden etablierte sich allmählich, dass zumindest die Ritterschaft mit Familie anreiste. Während eines Landtags entstanden daher weitere Foren der Geselligkeit. Sie stützten und vermittelten den Anspruch der Ständeversammlung, ein gesellschaftlicher Zentralort zu sein. Denn die frühneuzeitlichen Landtage waren mit anderen gesellschaftlichen Zentralorten wie dem Hof oder auch den Huldigungen, die ein sächsischer Kurfürst bei seiner Thronbesteigung entgegennahm, auf personaler Ebene verschränkt. Alle drei gesellschaftlichen Zentralorte rekrutierten sich aus dem stiftsfähigen Adel und dem Stadtbürgertum. Hof, Huldigung und Landtag bestanden nebeneinander, wurden aber weithin mit denselben Personen inszeniert.

Die konstitutionellen Landtage des Vormärzes trugen gegenüber der frühneuzeitlichen Ständeversammlung in vieler Hinsicht einen neuartigen Charakter. Dennoch wahrten sie auch Traditionen der vorherigen Landtage. Darüber hinaus gab es deutliche Personalkontinuitäten. Die Geltungsbehauptung der Landtage erhielt mit der Verfassung von 1831 eine neuartige Referenz. Das zeigt schon die Verfassung selbst an. Denn sie bezog sich zum überwiegenden Teil auf das neue Zweikammerparlament. Aber auch durch Presse und Öffentlichkeit wurden die Techniken und Narrative sowie die Bildsprache deutlich verändert. Die Selbstsymbolisierung der Institution erhielt eine neue mediale Ausrichtung. Denn die Auseinandersetzungen auf den Landtagen bekamen eine deutlich größere gesellschaftliche Reichweite als die geheimen Ständeversammlungen der Frühen Neuzeit. Die Landtage wurden damit das zentrale Forum der öffentlichen politischen Auseinandersetzung.

Das Parlament verlor in der neuen Verfasstheit wesentlich an innerer Hierarchisierung. Die Plätze der Landtagsmitglieder wurden nun von wenigen Ausnahmen abgesehen ausgelost. Deshalb stand die Sitzordnung fortan nicht mehr für eine gesellschaftliche Stratifizierung. Sie symbolisierte vielmehr, dass alle Parlamentarier gleichermaßen dem Gemeinwohl verpflichtet sein sollten. Das schloss aber nicht aus, dass es widerstreitende Konzepte für das allgemeine Beste gab. Auch das gesellige Leben im Umfeld der Landtage änderte sich. Es

verlagerte sich in die ohnehin etablierten Foren der residenzstädtischen Geselligkeit, wie beispielsweise Klubs und Vereine. Am Ende des 19. Jahrhunderts wuchs in Dresden die öffentliche Geselligkeit ganz allgemein erheblich an. Vor diesem Hintergrund erschienen die Landtage nicht mehr als Höhepunkte der geselligen Kultur in der Residenzstadt.

Abgabe von Kompetenzen

Mit dem Beitritt des Königreichs Sachsen zum Norddeutschen Bund und später zum Kaiserreich musste der sächsische Landtag wesentliche Kompetenzen an den Reichstag abgeben. Dennoch blieb das Parlament in Dresden ein gesellschaftlicher Zentralort. Die Erste Kammer bestand weiterhin aus Honoratioren, die nicht parteipolitisch gebunden waren. Die Zweite Kammer wurde dagegen zum Forum für Auseinandersetzung zwischen den politischen Parteien. Die verschiedenen Gruppen des Plenums verfochten konkurrierende weltanschauliche Konzepte für die Gesamtgesellschaft. Daher traten die Abgeordneten im Saal der Zweiten Kammer einerseits als Stellvertreter von Wählerinteressen auf. Andererseits kommunizierten sie mithilfe der Parteiapparate politische Positionen und Prozesse in ihre jeweilige Wählergruppe hinein. Das verhalf den Landtagsereignissen zu einer breiten Präsenz in der Gesellschaft, als dies zuvor der Fall gewesen war.

Die Geschichte des sächsischen Landtags im Kaiserreich wird bislang fast ausschließlich als Wahlrechtsentwicklung erzählt. Konservative und Liberale haben das gleiche Wahlrecht für alle erwachsenen Männer verweigert. Hätte das Reichstagswahlrecht gegolten, wäre die SPD erheblich stärker gewesen. Dieser Blick muss um mehrere Dimensionen erweitert werden. Denn jedes sächsische Wahlrecht, auch das oft gescholtene Dreiklassenwahlrecht, dehnte den Kreis der Wahlberechtigten aus. Für die Geltungsbehauptung der Zweiten Kammer ist auch von Bedeutung, dass man nun nach Parteizugehörigkeit zusammensaß. Diese Selbstsymbolisierung blieb jedoch von begrenzter Bedeutung. Denn die neue Sitzordnung wurde nicht bildlich nach außen vermittelt.

// Titelblatt des Mitgliederverzeichnisses vom Landtag 1799



Von 1866 bis 1918 verfügten Landtagsmitglieder über eine sehr unterschiedliche gesellschaftliche Reputation. An den Sitzungen des Parlaments nahmen sowohl Führungspersönlichkeiten aus der Arbeiterschaft und Handwerk teil. Gängige Unterschiede rahmte das Zweikammerparlament ein und verlieh so jedem seiner Mitglieder besondere gesellschaftliche Ehre.

Mit der Weimarer Republik steigerte sich die Bedeutung der Landtage für die politische Auseinandersetzung nochmals deutlich. Das neue Einkammerparlament setzte sich durch. In der Folge wurde es zum zentralen Forum für weltanschauliche Auseinandersetzungen. Man stritt aber nicht nur um die politische Macht. Der Landtag beanspruchte auch, ein Symbol für die Stabilisierung der gesellschaftlichen Ordnung zu sein. Innerhalb des Parlaments wurden die Abgeordneten strikt nach Parteizugehörigkeit fraktioniert. Sie standen antagonistisch gegeneinander. Das wurde auch für die Öffentlichkeit sichtbar vermittelt. Anders als vor 1918 entfaltete der sächsische Landtag in der Weimarer Republik aber kein geselliges Leben mehr. Weil die Honoratioren aus dem Parlament ausgeschieden waren, sank auch die allgemeine Reputation der Abgeordneten. Insgesamt lässt sich daher mit der Durchsetzung eines demokratischen Parlaments eine Egalisierungstendenz unter den Landtagsmitgliedern konstatieren.

»Kunstgeschrey«

850 Jahre sächsische Silberfunde

Der Freiburger Kunstverein richtet jährlich mehr als zehn Personal- und Gemeinschaftsausstellungen in Freiberg und der Region aus, wozu er Gastkünstler einlädt und mit denen er seine künstlerisch tätigen Mitglieder würdigt. Vom 5. Juni bis 2. Juli 2018 wird im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags die Ausstellung »Kunstgeschrey« gezeigt, in der der Freiburger Verein die Gelegenheit nutzt, die Region Freiberg im 850. Jahr des ersten Silberfundes zu präsentieren. Der Großteil der ausgestellten Arbeiten – die von Montag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr bewundert werden können – ist diesem spannenden Thema gewidmet.



Nach sechsmonatigem Auslandseinsatz sind die Soldaten des Panzergrenadierbataillons 371 »Marienberger Jäger« zurück in ihrer Heimat. Am Rückkehrer- und Übergabeappell auf dem Marktplatz in Marienberg nahm auch Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller teil und sprach zu den Soldaten. Die Frauen und Männer waren zuvor auf einem NATO-Einsatz in Litauen. Mit dem Appell erfolgte zudem ein Kommandeurswechsel im Bataillon.



// Mustafa Çelik
Foto: O. Killig

// Nabijon Kasimov
Foto: S. Floss

Landtagspräsident empfängt Diplomaten im Ständehaus

Gleich zwei Vertreter des diplomatischen Korps statteten dem Sächsischen Landtag Mitte März ihre Antrittsbesuche ab. Am 19. März begrüßte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller zunächst den usbekischen Botschafter Nabijon Kasimov. Im Gespräch erörterten sie Möglichkeiten, das deutsche duale Ausbildungssystem in Usbekistan einzuführen, sowie Maßnahmen, um den bilateralen Tourismus zu fördern. Außerdem sprachen Röbller und Kasimov über die stabilisierende Rolle Usbekistans in Zentralasien. Keine 24 Stunden später traf Röbller an gleicher Stelle mit dem türkischen Generalkonsul Mustafa Çelik zusammen. Nach dem obligaten Eintrag ins Gästebuch des Sächsischen Landtags tauschten sich die beiden über die Beziehungen zwischen Sachsen und der Türkei aus. Diese könnten durch Einsetzung eines Honorarkonsuls für die Türkei im Freistaat intensiviert werden, betonten Röbller und Çelik.



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml

www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter: twitter.com/sax_lt und auf Instagram: [instagram.com/sachsen_landtag](https://www.instagram.com/sachsen_landtag)

Abs.: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

30. – 31.05.2018
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:

27. – 28.06.2018
16.08.2018
05. – 06.09.2018
26. – 27.09.2018
07. – 08.11.2018
11. – 14.12.2018

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen
CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AFD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Besucherdienst
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

Publikationsbestellung und Leserbriefe
Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
publikation@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag
Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Werbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbller vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Thomas Gey, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 27.04.2018
Gastautoren: Christian Schulze, Sächsischer Landtag, 01067 Dresden; Wolfgang Kalus, Kulturraum Erzgebirge-Mittelsachsen, 09557 Flöha; Tobias Kobe, Kulturraum Leipzig, 04109 Leipzig; Prof. Dr. Joseph Matzerath, TU Dresden, 01062 Dresden

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.